

## Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

---

Ursprung: Antrag, AfD

**TOP: 035 / 14.20**

## Antrag

gemäß § 21 (1) c GO

**Drs.Nr.: VIII/1098**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
18.06.2020	BVV	BVV/VIII/035	

### **Erst die Infrastruktur, dann die Wohnungen: Sinnvolle Koordination zwischen Stadtentwicklung und Straßenbau**

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, bevor ein B-Plan oder eine Baumaßnahme nach § 34 des BauGB realisiert wird, erst einen priorisierten Ausbau und eine Instandsetzung der verkehrlichen Infrastruktur, auch im größeren Umkreis der jeweiligen Bezirksregion, für den Kraftverkehr vorzunehmen. Eine Prüfung sollte neben der realistischen Einschätzung der Verkehrsdichte auch eine grundsätzliche Erhöhung von Pkw-Stellplätzen berücksichtigen, um mehr als ausreichend Pkw-Stellplätze zur Verfügung zu haben. Der Ausbau sowie auch die Anschlüsse zum ÖPNV im gesamten Ortsteil sollten vor Baubeginn, gegebenenfalls gleichzeitig mit Baubeginn, umgesetzt werden. Die Erweiterung der Infrastruktur sollte zukunftsorientiert in großzügigem Verhältnis zum entstehenden Mehraufkommen an Einwohnern, Kfz und ÖPNV-Nutzern stehen.

#### Begründung:

Treptow-Köpenick war im vergangenen Jahr der Bezirk mit den meisten genehmigten Bauvorhaben. Dabei wird der Großteil der Bauvorhaben im Bereich des Wohnungsbaus realisiert. Schon jetzt ist die Verkehrsinfrastruktur in Treptow-Köpenick entweder in einem schlechten Zustand oder aber weit über die Kapazitätsgrenzen hinaus belastet und wird daher dem Anspruch einer wachsenden Stadt und eines wachsenden Bezirks im Ansatz nicht mehr gerecht. Nicht nur im Berufsverkehr, sondern auch im regulären Verkehrsaufkommen sind die Menschen gezwungen, lange Wartezeiten auf Grund mangelnder Infrastruktur und zeitraubender Nadelöhre in Kauf zu nehmen. Es sollte in der Stadtplanung ein Umdenken erfolgen. Erst wenn für den Bezirk entlastende Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel der Lückenschluss der A100, die TVO oder ein breiterer Neubau der Altglienicker Brücke beendet sind, kann der Neubau großer Stadtquartiere bei gleichbleibender Lebensqualität realisiert werden. Mit strukturierterem Vorgehen würde der Stadtbezirk den Anforderungen bzw. Bedarfen an vermehrter verkehrlicher Infrastruktur bereits vor Beginn des Wohnungsbaues gerecht werden und nicht nur das Zeitmanagement der Bürger in unserer Leistungsgesellschaft wesentlich attraktiver werden lassen.

Berlin, den 09.06.2020

Vorsitzender der AfD-Fraktion

Alexander Bertram

und

Andréé Bügel

Uwe Dolling

Bernd Stahlberg